

Karoline

Informationsblatt für Schmöckwitz und Karolinenhof

05/09

Gegründet 1990

Herausgeber: Basisorganisation DIE LINKE - Oktober 2009

Nach der Wahl ...

Die Bundestagswahl am 27. September fand unter dem Vorzeichen der größten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren statt. Wahrhaftig keine kuschelweiche und Zuversicht einflößende Situation. Rund dreißig Prozent der Wähler sind der Wahl ferngeblieben. Für so eine Krisenzeit viel zu viele!

An den Wählern kann es nicht liegen. Schließlich haben die regierenden Parteien des letzten Jahrzehnts ihnen ein ziemliches Verwirrspiel vorgeführt. Die Glaubwürdigkeit ist dabei auf der Strecke geblieben.

Die SPD ist nicht allein deswegen abgewählt worden, weil sie so viele Fehler in den letzten Jahren gemacht hat, sondern primär deshalb, weil sie dem Wähler für die dringenden Fragen der Gegenwart keine Antworten geboten hat: Wie ist die Sicherung einer wirtschaftlichen Stabilität mit dem Bedürfnis der Menschen nach einer starken sozialen und gerechten Gesellschaft zu verbinden? Vor allem ihre Wähler sind zu Hause geblieben. Kein Wunder, die Wähler hatten eigentlich keine wirkliche Wahloption zwischen Merkel und Steinmeier. Indem sie jegliche Zusammenarbeit mit Der Linken nach der Bundestagswahl ausschloss, schränkte die SPD vorweg ihre eigenen machtpolitischen Optionen ein. Die Kanzlerkandidatur von Steinmeier war danach nur eine Posse.

Die SPD muss sich auf die Bonner Zeit besinnen, als ihre große Galionsfigur Willi Brandt in einer Zeit, in der die Mehrheit gegen die Ostpolitik eingestellt war, genug Courage hatte sie dennoch einzuleiten. Er konnte sich nicht nur gegen das oppositionelle konservative Lager durchsetzen, er hat vor allem die breiten Wählerschichten damit überzeugen können und die SPD so stark gemacht, dass sie danach bis Anfang der 80-er Jahre regieren konnte.

Der Linken hält man immer wieder vor, sie wäre nicht genug realitätsbezogen. Sie müsse bereit sein die internationalen Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik zu achten. Erst dann wäre sie regierungsfähig.

Im Klartext heißt das, wir sollen die so genannten „friedenssichernden“ Maßnahmen im Irak oder in Afghanistan nach dem Muster der amerikanischen Bush-Regierung unterstützen.

Bushs Methode ist doch die, dass man immer Krieg machen muss, damit die Wirtschaft angekurbelt werden kann. Dafür muss sich der Staat aber durch Kriegskredite mehr verschulden. Zahlen sollen es dann die Steuerzahler.

Ist das die so genannte Realitätsbezogenheit? Krieg als Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft durch höhere Verschuldung des Staates? Waffenproduktion und Waffenverkauf in die Krisenregionen dieser Welt damit sich die armen Menschen noch besser gegenseitig umbringen können, damit die Waffenindustrie daran mehr verdienen kann? Die bisherige amerikanische Militärpolitik erinnert eher an die Vorstufe zu einem finalen Inferno als an eine realistische und konsequente Friedenspolitik.

Muss Deutschland als Bündnispartner das alles mitmachen? Muss eine deutsche Linke Partei das mittragen?

Wir sagen nein!

Das ist unsere unmissverständliche Position zum Krieg. Nicht zuletzt die konsequente Haltung Der Linken in der Sache hat zu den Erfolgen bei der Bundestagswahl geführt.

Übrigens, was den Kriegseinsatz in Afghanistan betrifft, hat sich das Niederländische Parlament bereits gegen die Verlängerung der Stationierung ihrer Soldaten in Afghanistan ausgesprochen! Also das Eis ist gebrochen. Wünschen wir weiteren Völkern Europas, dass sie diesem Beispiel folgen.

Die Partei Die Linke hat ihren Stimmanteil in ganz Deutschland von 8,7 auf 11,9 % erhöht und über eine Millionen neue Wähler gewonnen. Die Zahl ihrer Direktmandate stieg von 3 auf 16. Der Spitzenkandidat in unserem Wahlkreis 85 Treptow/Köpenick, Dr. Gregor Gysi, wurde mit 44 % der Stimmen eindeutiger Sieger. Dieses Ergebnis stärkt die Position Der Linken als kraftvolle Opposition, mit der man rechnen muss.

Erststimmen- und Zweitstimmenergebnisse in unseren Wahlbezirken

Für den Ortsteil Karolinenhof und Schmöckwitz, Wahlbezirke 418-421, waren 3472 Personen wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag relativ niedrig bei ca. 63 % also 2190 Wähler gaben ihre Stimmen in den Wahllokalen ab. Die Briefwähler konnten den einzelnen Wahllokalen nicht zugeordnet werden. Von den 2151 gültigen Stimmen bekam von den Erststimmen:

Die Linke 818 Stimmen oder 38%; CDU 571 Stimmen oder 26,5%; SPD 390 Stimmen oder 18,1%; Grüne 148 Stimmen oder 6,9%; FDP 123 Stimmen oder 5,7%; NPD 48 Stimmen oder 2,2% und alle übrigen Parteien insgesamt 53 Stimmen oder 2,6%.

Von den Zweitstimmen bekam Die Linke 25,6%; CDU 22%; SPD 19,8%; Grüne 12,6%; FDP 10,6%; NPD 2,1% und alle übrigen Parteien insgesamt 7,3% der Stimmenanteile.

Unser Dank gilt den Wählern, die Ihre Stimme für die Partei Die Linke und für Dr. Gregor Gysi abgegeben haben. Sie können sicher sein, dass auch in der kommenden Wahlperiode ihre Interessen im Bundestag und außerparlamentarisch gut vertreten werden.

Wahlnachlese

Nun sind die Stimmen ausgezählt
Frau Merkel ist wieder gewählt
Und kann´s mit Liberalen probieren
Das Land aus der Krise zu lancieren

Die Linke, nach Bildungsgärung
Bestand die harte Bewährung
Davon zeugen Zuwachsraten
Und sechzehn Direktmandate

Westerwelles gelbe Partei
An der Krise nicht mitschuldfrei
Hat Wählerbonus bekommen,
Den man den Sozis genommen

Für soziale Gerechtigkeit
Wirkt Gregor Gysi bundesweit
Sein Wahlkreis hat das honoriert
Und mehrheitlich für ihn votiert

Die Sozialdemokraten
Sind ins Straucheln geraten
Verloren an Glaubwürdigkeit
Schon seit Schröders Regierungszeit

Bald erfährt die Wählerwelt
Wie man Wahlversprechen hält
Und darf sachlich, nüchtern bewerten
Was uns die Parteien bescherten
Das gilt für Regierung und Opposition
Auch für die Sozialpflicht der Linken- Fraktion

Ein Gedicht von Fritz Peter

Und zum Abschluss

Vor den Wahlen also ging die soziale Frage in die politische, nach den Wahlen geht die politische in die soziale auf. Das ist also der Unterschied, die Urwählerfahrung, dass nach den Wahlen gerade das umgekehrte von dem richtig ist, was vor den Wahlen ein Evangelium war.

Ein Zitat von Karl Marx